

## **Gefangen im Empörungsmodus**

Die Bilder und Berichte über die Gräueltaten im Krieg in der Ukraine empören mich. Wie die meisten Menschen hierzulande empfinde ich eine Mischung aus Wut, Fassungslosigkeit und Ohnmacht. Solche Reaktionen sind angesichts der Gewaltexzesse auch nur allzu verständlich.

Emotionen sind legitim, auch in der Politik. Politiker\*innen sind ja auch Menschen mit Empfindungen und genau dies wollen sie ihren Wählerinnen und Wählern auch deutlich machen. Auf diesem Hintergrund kommt dann manch kerniger Spruch zustande, der es bis in eine Talkshow schafft oder als Schlagzeile in die Medien. Die „Zeitenwende“ von Kanzler Scholz ist so ein Begriff, der dem Volk deutlich machen sollte, dass der Angriff von Russland auf die Ukraine ein historisches Ereignis ist – mit erheblichen Auswirkungen auf unser aller Leben. Die eigentliche Botschaft war: Wir haben verstanden! Und der Beleg dazu: 100 Milliarden Euro für die Rüstung. Später dann wurde dies zum prägenden Begriff der politischen Auseinandersetzung: Lieferung schwerer Waffen.

So bewegt sich Emotionalität von Politiker\*innen auf dem Grat zwischen ehrlicher, menschlicher Betroffenheit und bewusst eingesetztem Marketing. Auch Politiker\*innen zeigen sich gern nahbar und empathisch. Das Herumalbern von Armin Laschet am Rande der Rede des Bundespräsidenten bei der Katastrophe im Ahrtal hat gezeigt, welche Sprengkraft es haben kann, wenn ein Politiker hier in ein Fettnäpfchen tritt und ihm in der Folge die Glaubwürdigkeit abgesprochen wird.

Wie weit aber darf sich Politik in Schicksalsfragen (Krieg oder Frieden) von Emotionen bestimmen lassen? Die Kernaufgabe von Politik ist es doch, kluge Entscheidungen zu treffen, die auch langfristig zu guten und tragfähigen Ergebnissen führen. Das Versagen der Politik beim Klimaschutz zeigt beispielhaft, dass dies oftmals nicht gelingt – mit verheerenden Folgen. Vierjährige Wahlperioden verführen die Politik dazu, unpopulären Entscheidungen aus dem Weg zu gehen. Das kann für uns alle teuer und gefährlich werden.

## **Die Weisheit von Politik**

Wie steht es in der gegenwärtigen Kriegszeit um die Fähigkeit von Politiker\*innen, in der aktuellen Situation „das Richtige“ zu tun und Weise zu handeln? Das Leiden und Sterben von Menschen in diesem Krieg berührt uns alle (natürlich auch Politiker\*innen) tief. Die Kraft der Bilder ist enorm. Die weltpolitische Lage ist nicht nur bedrückend, sie ist zudem brandgefährlich. Das muss die Politik zu einer gewissen Rationalität zwingen. Falsche politische Signale könnten katastrophale Folgen nach sich ziehen.

Können wir der Politik vertrauen, dass sie dieser Herausforderung immer gerecht wird?  
Die Geschichte lehrt, dass hier Zweifel angebracht sind.

Unser gesamtes Konstrukt der Kriegsvermeidung seit dem 2. Weltkrieg beruht auf dem Prinzip der Abschreckung unter der Voraussetzung rationaler Entscheidungen. Danach wird sich kein Herrscher, keine Regierung, kein Staat auf eine militärische Auseinandersetzung einlassen, wenn kein Gewinn, kein Vorteil, kein „Sieg“ zu erwarten steht. 1949 wurde die NATO gegründet, sechs Jahre später der Warschauer Pakt (1955-1991). Eine direkte militärische Konfrontation der beiden Blöcke gab es in dieser Zeit nicht, aber friedlich blieb unsere Welt dennoch keineswegs. Besonders der Vietnam-Krieg, der 1975 mit der Eroberung Saigons endete, zeigt, dass die Erwartung von Rationalität bei Kriegshandlungen von Regierungen eine trügerische ist und dass folgenschwere Fehleinschätzungen tödliche Konsequenzen haben können. Im konkreten Fall hatte die Entscheidung der USA, 1965 mit Bodentruppen in den Krieg einzugreifen, 58.220 amerikanischen Soldaten das Leben gekostet und trotz des Einsatzes von Chemiewaffen („Agent Orange“) einen Sieg Nordvietnams dennoch nicht verhindern können. Schätzungsweise bis zu 3 Mio. vietnamesische Kriegsoffer waren zu beklagen. Die erste militärische Niederlage der USA wurde zum Trauma für das Land (und zugleich eine menschliche Tragödie für alle betroffenen Länder und Völker, insbesondere Vietnam).

Auch der von den USA und Großbritannien betriebene Irak-Krieg 2003 – ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg, bei dem auch Uran abgereicherte Munition in großer Menge eingesetzt wurde – endete zwar militärisch mit einem „Sieg“, kann aber aus heutiger Sicht ebenso wenig als „Erfolg“ betrachtet werden wie der Krieg in Afghanistan von 2001-2021. Diese Kriege westlicher Staaten wurden mit Zielen und Erwartungen begonnen, die sich letztlich nicht realisieren ließen. An diesen Beispielen lässt sich belegen, dass Entscheider in der Politik nicht immer klugen, rationalen Maßstäben folgen, sondern auch falschen Annahmen oder Beeinflussungen erliegen können.

Klar, das Leben ist nicht immer eindeutig vorhersehbar, doch bei der Frage von Krieg oder Frieden kann eine Fehleinschätzung zur Vernichtung unserer Welt führen.

### **Der Krieg gegen die Ukraine**

Seit dem völkerrechtswidrigen Angriff der russischen Armee auf das Staatsgebiet der Ukraine ist in den westlichen Ländern die Empörung über den russischen Präsidenten groß. Selten gab es so eine Einigkeit in der Bewertung und eine Einheitlichkeit der Stimmung gegenüber Präsident Putin und Russland. Sofort wurden harte Sanktionen auf den Weg gebracht und seither mehrmals verschärft. Die Strafmaßnahmen haben das Ziel, Russland zur Beendigung des Krieges zu zwingen und das Land wirtschaftlich zu treffen. Letztlich sollen dem Land die finanziellen Mittel entzogen werden, den Krieg weiter fortzusetzen. Daher gibt es auch die Überlegungen, die Lieferungen von Erdgas und Erdöl aus Russland nach Europa zu stoppen. Das verständliche Gefühl hinter den Maßnahmen lautet: Wir dürfen hier nicht zuschauen, wir wollen der Ukraine helfen, wir müssen etwas tun!

Neun Wochen nach Kriegsbeginn müssen wir feststellen: Bisher haben weder die Strafmaßnahmen noch die Waffenlieferungen an die Ukraine den Krieg nicht gestoppt. Der Kurs des Rubel hat sich nach anfänglichem Absturz wieder gefangen und liegt inzwischen fast wieder auf Vorkriegsniveau (minus 5%). Sanktionen sind ohnehin ein äußerst fragwürdiges Mittel der Politik. Das US-Embargo gegen Kuba, das einen Regimewechsel verursachen sollte, besteht ununterbrochen seit dem 7. Februar 1962 ohne Erfolg. Auch die Sanktionen gegen den Iran oder Nordkorea gelten nicht unbedingt als Erfolgsnummer. Worum geht es also: Gefühl oder Wirkung?

Wofür Sanktionen von den betroffenen Staaten in jedem Fall genutzt werden, meistens auch erfolgreich: Eine Stabilisierung nach Innen. Da diese Länder in der Regel keine freie Presse haben und die Verbreitung der Regierungspropaganda vorherrschend ist, schweißen die negativen Folgen von Sanktionen die Bevölkerung zusammen. „Das Ausland“ will dem eigenen Volk Böses, „davon lassen wir uns nicht einschüchtern – jetzt erst recht“! Mir ist kein Beispiel bekannt, bei dem Wirtschaftssanktionen zu einer Revolte oder zu einem Regierungswechsel geführt haben.

Das Gefühl, gegen den Krieg „etwas tun“ zu wollen, ist verständlich. Kluge Politik schaut aber nicht nur auf die eigenen Absichten, sondern vor allem auf die Wirkung von Maßnahmen. Sind diese nicht zielführend oder sogar kontraproduktiv, dann taugt das Mittel nicht.

### **Die Abhängigkeit von russischem Öl und Gas**

Über die „Abhängigkeit“ von russischer Energie wird seit Jahrzehnten lamentiert – obwohl es bisher keine Ansätze politischer Erpressung von russischer Seite aus gegeben hat. Öl und Gas strömen vertragsgemäß von Russland nach Europa und die Verträge sind sehr langfristiger Art. Oftmals sind die Preise für Erdgas an den Börsenpreis gekoppelt. Gegenwärtig profitiert Russland also sogar von der politischen Drohgebärde westlicher Staaten, kein Gas von Russland mehr kaufen zu wollen, denn die Spekulation hat den Spotmarkt-Börsenpreis für Gas in die Höhe getrieben – was zu höheren Einnahmen für Russland führt. Außerdem ist in den Verträgen eine Mindestabnahmemenge definiert, für die auch in dem Fall zu zahlen wäre, wenn die Ware nicht abgenommen wird. Viel Geld dann also für „heiße Luft“? Eine absurde Vorstellung. Auch ein Vertragsbruch der Abnahmeverträge durch westliche Staaten, wäre ein zweifelhafter Schritt, würde man dann doch genau das machen, was man angibt zu befürchten, dass Russland es tun könnte.

Die Fragwürdigkeit der Debatte wird einem besonders bewusst, wenn man das Thema Öl- und Gaslieferungen weiter denkt. Was würde Russland tun, wenn westliche Staaten das Öl und Erdgas nicht mehr abnehmen wollten? Richtig: Auf dem Weltmarkt verkaufen und sich andere Handelspartner in Asien oder Afrika suchen. Natürlich gehen solche Veränderungen nicht von heute auf morgen, aber grundsätzlich sind hier für Russland viele Optionen möglich.

Die Diskussionen um Energielieferungen aus Russland werden also recht verkürzt geführt. Stattdessen sollte die kritische Überprüfung der Wirksamkeit angedachter Maßnahmen einen größeren Raum einnehmen, um nicht nur das eigene Gefühl zu bedienen, sondern eine Strategie zu entwickeln, die den gesetzten Zielen auch tatsächlich dient.

Positiv ist immerhin, wenn die Bemühungen um eine Reduktion russischer Lieferungen fossiler Energieträger dazu führt, dass hierzulande die erneuerbaren Energien massiv ausgebaut werden. Auf diese Weise könnte Deutschland auf dem Weg zu mehr Unabhängigkeit von Energieimporten einen guten Schritt vorankommen, das wäre dann auch ein Fortschritt für den Klimaschutz.

## **Sanktionen gegen Oligarchen**

Die Logik ist wohl diese: Die russischen Oligarchen unterstützen Präsident Putin und sind daher alle mitverantwortlich für den Krieg.

Um es vorweg zu sagen: Ich kenne keine russischen Oligarchen und hege auch keinerlei Sympathien für sie. Aber wer definiert eigentlich, und anhand welcher Kriterien, wer ein Oligarch ist und wer einfach nur reich? Ist es von unserem Rechtsverständnis her richtig, Menschen aufgrund ihrer Nationalität und nicht aufgrund ihrer individuellen Haltung oder ihrer nachweisbaren Taten zu bestrafen? Passt diese Form des Rassismus zu unseren Werten und unserer Ethik? Oder darf man bei den Russen in dieser Kriegssituation nicht so zimperlich sein und ist diese Form von „Sippenhaft“ legitim? Sind die Beschlagnahme ihrer Eigentumswerte und die Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit gerechtfertigt? Erschreckend ist, dass niemand hierzulande rechtstaatliche oder überhaupt Fragen stellt. Es reicht, dass die Menschen als Oligarchen bezeichnet werden, dafür braucht es offensichtlich keinerlei Kriterien, zumindest werden sie nicht benannt. Bei so viel Ungeklärtem und Undefiniertem bleibt hier ein ungutes Gefühl zurück.

## **Frieden schaffen mit immer mehr Waffen?**

Wenn erstmal Krieg herrscht, dann ist der Weg zu einem Frieden unendlich weit. Die Barbarei des Krieges schafft tiefe Wunden, neuen Hass und weitere Entfremdung. Ein Waffenstillstand ist zunächst einmal das maximal Erreichbare – und auch dieser erste Schritt ist extrem schwierig. Daher muss die Vermeidung von Krieg, die Bewahrung eines nicht-kriegerischen Zustands oberste Priorität haben.

Frieden ist ein immer wärender Prozess. Jedes Bemühen um Frieden und Ausgleich muss mit dem Verständnis beider Seiten beginnen. Dazu braucht es historische Kenntnisse und ehrliches Einfühlungsvermögen. Es gibt bei Völkern geschichtlich begründete Traumata, die nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Russland wurde z.B. zweimal von Deutschland überfallen – und hatte jeweils einen extrem hohen Blutzoll zu tragen. Solche historischen Erfahrungen schaffen Ängste und prägen die Politik in hohem Maße.

Und das hat zuletzt in der westlichen Politik gefehlt: Ein ehrliches Bemühen um Verstehen und einen Interessensausgleich für alle Länder, Wahrnehmen und Ernst nehmen der Sorgen und Befürchtungen Anderer. Eine aktive Friedenspolitik – Fehlanzeige.

Die Rede von der „Zeitenwende“ des Bundeskanzlers wurde wie ein Befreiungsschlag gefeiert. Auch wenn Scholz Recht hat, dass durch den völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine die gesamte Weltordnung und auf das Miteinander der Staaten erschüttert wurde, so sind die Schlussfolgerungen des Bundeskanzlers nicht deshalb automatisch richtig. Die massive Aufrüstung des Westens, die Ausweitung des NATO-Gebietes nach Osten nach der Auflösung des Warschauer Paktes, direkt bis hin an die russische Grenze, all das hat den Ukraine-Krieg nicht verhindert, hat wahrscheinlich sogar das russische Bedrohungsgefühl verstärkt. Und nun sollen zusätzliche 100 Milliarden für die Rüstung und künftig dauerhaft erhöhte Militärausgaben Deutschland mehr Sicherheit bringen?

Wenn die militärische Abschreckung – und im Fall der NATO muss man gar von einer klaren Überlegenheit sprechen – die Kriege der letzten Jahrzehnte bis heute nicht hat verhindern konnten,

nach welcher Logik soll das nun mit noch mehr Aufrüstung gelingen? Aktuelle Zahlen von [Statista](#) belegen den Umfang der enormen militärischen Überlegenheit der NATO.

Die Art und Weise, in der Staaten ihre Konflikte angehen und lösen, hängen von einem ganzen Bündel an Rahmenbedingungen ab. Staatsform, Geschichte, Religion, Wohlstand, politische Kultur, Vertrauen, Kooperationen, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Intensität der Kommunikation, Austausch zwischen den Menschen u.v.a. – all dies sind Faktoren, die die Beziehungen der Staaten unter einander prägen und darüber mitentscheiden, wie mit Problemen umgegangen wird. Friedliche Verhältnisse werden sich nicht schaffen lassen, wenn Sprachlosigkeit vorherrscht und nur auf das Wettrüsten gesetzt wird. Leider fehlt uns hier eine Strategie, die über den Abbruch jeglicher Beziehungen und militärische Maßnahmen hinausgeht. Von der deutschen Regierung wird man mehr erwarten müssen als das, was sie gegenwärtig zeigt. Wo bleibt eine öffentliche Debatte über die richtigen Wege zu Frieden schaffenden und erhaltenden Maßnahmen in Europa? Wo bleibt eine breite gesellschaftliche Diskussion um eine langfristige Friedenssicherung?

### **Diskrete Rüstungslobby**

Wir alle wissen, dass Interessengruppen politisch und wirtschaftlich massiv Einfluss nehmen auf unsere Gesellschaft. Je nach ihren finanziellen Möglichkeiten und ihrem Geschick sind sie dabei mehr oder weniger erfolgreich. Besonders Branchen, deren Geschäftsmodell in hohem Maße von der öffentlichen Meinung oder/und politischen Entscheidungen abhängt, investieren in eine möglichst effiziente Lobbyarbeit.

Das gilt nicht nur für die Chemie, das Gesundheitswesen oder die Automobilindustrie, sondern ganz besonders auch für die Rüstungsindustrie, deren Profitabilität in extremer Weise von Staat und Regierung abhängt. Erfolgreiche Lobbyarbeit geschieht äußerst diskret und scheut die Öffentlichkeit, denn Lobbyisten haben ein grundsätzliches Imageproblem. Dies scheint der Rüstungsindustrie gut zu gelingen, und genau hier liegt das Problem, wenn ihr tatsächlicher Einfluss auf die Weltpolitik unterschätzt würde.

Die Rüstungsindustrie kann kein Interesse an einer friedlichen Welt haben. Als sich 1991 der Warschauer Pakt aufgelöst hat, dürften in den Chefetagen die höchsten Alarmglocken geklungen haben. Heute lässt sich sagen, dass sie die Krise mit Bravour überstanden hat, denn die Rüstungsausgaben der NATO-Staaten haben sich in dieser Zeit verdoppelt. Es wäre naiv anzunehmen, dass die Rüstungslobby nicht dabei wirkungsvoll agiert hätte, die politischen Rahmenbedingungen für ihren Markt erfolgreich zu beeinflussen.

Interessanterweise ist diese Problematik für den Frieden unserer Welt kein öffentlich diskutiertes oder journalistisch recherchiertes Thema, dabei geht es hier um eine der wichtigsten Fragen für das Leben der Menschheit.

## **War die bisherige Russland-Politik falsch?**

Alle deutschen Politiker, die in der Vergangenheit auf Kooperation mit Russland gesetzt haben, stehen gegenwärtig am Pranger. Die Scharfmacher haben das Zepter übernommen. Der Bundespräsident hat mit deutlichen Worten Fehler eingestanden, die er als Außenminister gemacht hat, Ministerpräsidentin Schwesig steht unter Druck und wurde zum Rücktritt aufgefordert, weil sie zu „russlandfreundlich“ gewesen sei. Es macht sich eine Stimmung breit, die jede Entspannungspolitik gegenüber Russland aus heutiger Perspektive verdammt. Tatsächlich aber gibt es im Verhältnis der NATO zu Russland nicht zu viel Bemühen um Ausgleich, sondern zu wenig Einbindung Russlands.

Auch wenn man hinterher immer schlauer ist: Warum soll eine Politik, die auf wirtschaftliche Zusammenarbeit und Interessenausgleich gesetzt hat, falsch gewesen sein? Was wäre denn die Alternative gewesen? Das Ziel jeder Politik muss doch die Erhaltung des Friedens und der Abbau von Spannungen zwischen den Ländern sein und bleiben. Wir müssen eingestehen, dass dies zwischen Russland und der Ukraine nicht funktioniert hat, wobei die Westorientierung der Ukraine sicherlich für Russland ein wesentlicher Aspekt war. Es gibt im Verhältnis von Ost und West nur wenige Kräfte, die wirkungsvoll auf Ausgleich setzen und viele, die von der Konfrontation zu profitieren glauben. Die Gründe dafür sind vielfältig, nur bei den Rüstungskonzernen ist die Motivation leicht zu erkennen.

Russlands Präsident Putin hat sein Land in einen Angriffskrieg geführt und damit einen schweren Fehler gemacht. Er hat irrational gehandelt, seinem Land massiv geschadet und die Welt an einen Abgrund geführt. Kaum ein politischer Führer im Westen hat wirklich damit gerechnet, auch für die meisten politischen Kenner kam diese Entscheidung völlig überraschend. Auch wenn irrationales politisches und militärisches Handeln kein neues Phänomen ist: Wir werden es nun wieder stärker in unsere Überlegungen um Krieg und Frieden einbeziehen müssen. Ob das für oder gegen eine Entspannungspolitik spricht, ob eher für oder gegen unsere weitere Aufrüstung, das kann jede\*r selbst für sich beantworten.

## **Putins Krieg?**

Politiker und Medien verbreiten die Botschaft von „Putins Krieg“. Diese Personifizierung liegt nahe, da wir wenig über Russland und seine politische Elite wissen. Sie ist auch schön eingängig, der Krieg bekommt ein Gesicht und eine Hassfigur. Richtig ist sicher, dass Putin als Präsident Russlands die Hauptverantwortung für die Entscheidung zum Krieg trägt. Aber ist diese Eindimensionalität richtig, ist sie zielführend, hilft sie zum Verständnis der Geschehnisse? Die absolute Personifizierung produziert die Vorstellung von einem allein verantwortlichen Wahnsinnigen. Es erinnert an das verharmlosende Bild, das auch über die Nazi-Zeit gezeichnet wurde: Ahnungslose, verführte Deutsche, die Opfer Hitlers wurden und selbst nichts dafür konnten. Bei aller Manipulation und Propaganda: Es braucht immer Mitläufer, Kollaborateure, Profiteure im eigenen Land.

Der Ukraine-Krieg ist auch ein Medienereignis und das Grauen braucht ein Gesicht. So liegt es nahe, sich auf Putin zu konzentrieren. Doch personalisiert man die komplexen Zusammenhänge, geraten Ausgangsprobleme, Ursachen und Motive aus dem Sichtfeld und erliegt der Gefahr, an einfache Lösungen zu glauben. Genauso wenig, wie nach der Ermordung Osama Bin Ladens der islamistische Terror beseitigt war, dürfte sich der Ost-West-Konflikt, der sich in der Ukraine austobt, mit dem Verschwinden von Präsident Putin in Wohlgefallen auflösen.

An den Kriegsgräuel in der Ukraine sind viele Menschen beteiligt, an Schweigen und kritikloser Gefolgschaft in Russland ebenfalls. Es sind Soldaten, die morden, foltern und vergewaltigen, auch wenn es auf Befehl geschieht. Es ist die russische Gesellschaft mit ihren Strukturen, mit der dieser Krieg möglich ist. Und natürlich: Es ist die politische Führung, die den Krieg vom Zaun gebrochen hat.

### **Der Kulturkrieg**

Kunst und Kultur zeigen viel über ein Volk, eine Region, ein Land. Sie können Neugier wecken, Brücken bauen, Menschen über Grenzen hinweg berühren. Sie können Frieden stiftend wirken. Kunst und Kultur führen Menschen zusammen. Besonders Musik ist eine universelle Sprache, Künstler verschiedenster Nationalitäten spielen gemeinsam in Orchestern oder improvisieren im Jazz. Doch plötzlich gilt: Tschaikowski? – Nein Danke!

Russische Komponisten werden aus Konzertprogrammen genommen, russische Künstler müssen sich öffentlich von Putin distanzieren. Der ukrainische Botschafter in Deutschland schlug eine Einladung des Bundespräsidenten zu einem Solidaritätskonzert für die Ukraine mit der Begründung aus, dass im Orchester zwei russische Solisten sind, aber kein Ukrainer, und nennt dies einen „Affront“.

Der Generalverdacht gegen alle im Ausland lebenden russischen Menschen, sie wären Putin-Fans und stünden hinter dem Angriffskrieg auf die Ukraine erinnert stark an den Generalverdacht, dem sich alle muslimisch aussehenden Menschen ausgesetzt sahen nach dem 11. September oder auch nach den Terroranschlägen von Paris. Mit solch einer Grundhaltung verraten wir unsere Werte, den Menschen zu sehen und ihn an seinem individuellen Verhalten zu messen – unabhängig von seiner Hautfarbe, Religion, kulturellen Herkunft, sexuellen Orientierung oder eben: seiner Nationalität.

### **Eine offene Debatte?**

Wir rühmen uns für die Demokratie, in der wir leben, und für die unabhängigen Medien hierzulande. Es gibt nicht allzu viele Länder mit einer solch ausgeprägten Informations- und Meinungsfreiheit, in unserem Grundgesetz verankert. Doch auch hier gibt es in der Praxis Einschränkungen, über die wir nachdenken sollten. Es ist zwar nicht der Staat, der unsere Freiheitsrechte einschränkt, wir sind es teilweise selbst, die offene Debatten verengen. Durch einseitige Quellen, selektive Wahrnehmung und emotionale Voreingenommenheit in Verbindung mit der (anstrengenden) Komplexität von Sachverhalten berauben wir uns manchmal selbst der Möglichkeiten, die uns das „vollständige Bild“ bieten könnte. Beispiel Ukraine: Über all die Jahre lag uns die Ukraine immer viel näher als Russland. Entsprechend gefärbt ist tendenziell unsere Sicht auf das Land und die Probleme, auch die Medien berichten meist in einer Weise, uns als Zuschauer oder Leser zu bestätigen. Hier liegt es an jeder\*m von uns selbst, sich um ein vollständigeres Bild zu bemühen.

Eine offene Debatte wird aber auch durch die verständlich hohe Emotionalität beim Thema Ukraine eingeschränkt. Wer die schrecklichen Bilder des Krieges sieht, will eigentlich nur noch, dass diese Gräuel gestoppt werden. Wer hier selbstkritisch in Richtung Westen und auch in Richtung Ukraine Ursachenforschung des Konfliktes betreibt, wird schnell als „Putin-Versteher“ gebrandmarkt. Eine solche gesellschaftliche Atmosphäre nimmt uns allerdings die Möglichkeit, die wichtige Auseinandersetzung um richtige und zielführende Wege zur Beendigung des Krieges zu führen. Eine Lösung des

Konfliktes kann nur gelingen, wenn man die Thematik voll erfasst. Wirksame Maßnahmen kann es nur geben, wenn man Strategien bis zu Ende denkt. Nur eine schonungslose Diskussion ohne Tabus kann zu Ergebnissen führen, die auch tragfähig sind.

### **Korrekte Daten – Falsches Ergebnis**

Besonders in Kriegszeiten wird gelogen, dass sich die Balken biegen. Viele Lügen lassen sich allerdings schnell entlarven, wenn man die Vielfalt der Quellen nutzt (was nicht überall auf der Welt möglich ist). Doch auch hierzulande findet in den Medien Manipulation statt. Beispiel ARD-Tagesschau am [25.4.](#), dort werden folgende Informationen auf der Grundlage eines Berichts des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI für 2021 gegeben:

- Russland habe vor dem Einmarsch in die Ukraine massiv aufgerüstet,
- Anteil der Militärausgaben Russlands am Bruttoinlandsprodukt beträgt jetzt 4,1%,
- Anteil der Militärausgaben in Deutschland: 1,3%

Mit diesen Daten entsteht der Eindruck einer Überlegenheit Russlands. Eine weitere Aufrüstung Deutschlands scheint demnach nur folgerichtig.

Tatsächlich gibt SIPRI in seinem Bericht auch diese Fakten:

- Russland hat seine Militärausgaben 2021 gegenüber dem Vorjahr um 2,6% gesteigert auf eine Summe von nun 65,9 Milliarden Dollar.
- SIPRI gibt zum Vergleich die Rüstungsausgaben von Großbritannien, Frankreich und Deutschland zusammen mit 181 Milliarden Dollar an.
- Die Militärausgaben der USA lagen 2021 bei 801 Milliarden Dollar. Das entspricht einem Anteil von 3,5% vom BIP.
- Die USA stehen für 38% der weltweiten Rüstungsausgaben (China 14%, Indien 3,6%, GB 3,2%, Russland 3,1%).

Auch wenn die in der Tagesschau kommunizierten Daten korrekt sind, so ist die Berichterstattung manipulativ, wenn man das Gesamtbild der Rüstung weltweit betrachtet.

### **Manipulative Sprache**

Euphemismen sind in unserer vom Marketing geprägten Welt gang und gäbe, wir sprechen von „Seniorenresidenzen“, wenn wir Altersheime meinen, von „Industrieparks“ statt Gewerbegebieten und von „Service Hotlines“ statt Telefonnummern mit Warteschleifengarantie. Längst hat die Schönfärberei all unsere Lebensbereiche durchzogen, auch die Politik.

Dass es wie jetzt in Russland unter Strafe steht, einen Krieg als das zu bezeichnen, was er ist, nämlich ein Krieg, ist allerdings ein relativ neues Phänomen. Doch die Nutzung manipulativer Begriffe gab es auch schon beim Angriffskrieg der USA und Großbritanniens auf den Irak, der als „Irakische Freiheits Operation“ bezeichnet wurde. Präsident George Bush sprach in seiner Rede an die Nation von einer „militärischen Operation zur Entwaffnung des Irak“. Adressiert waren hierbei die „Massenvernichtungswaffen“ Saddam Husseins, die allerdings niemals gefunden wurden. Wenn Präsident Putin nun bei Kriegsbeginn von einer „russischen Spezialoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung“ der Ukraine sprach, dann sind die Parallelen nicht zu überhören. Es gehört zur



Rhetorik der jeweiligen Angreifer dazu, die angeblichen Kriegsgründe ethisch und moralisch aufzuladen. Putin nennt als sein Ziel, „die Menschen zu schützen, die acht Jahre lang vom Kiewer Regime misshandelt und ermordet wurden“. George Bush nannte als Ziel, die „Bevölkerung zu befreien und die Welt vor einer ernsten Gefahr zu schützen“.

Apropos „Befreiung der Bevölkerung“ des Irak: Im Krieg 2003 setzten die westlichen Staaten bis zu 2.000 Tonnen Uranmunition ein, an deren Folgen die dortige Bevölkerung ebenso leidet wie viele Vietnamesen an der Chemiewaffe der USA „Agent Orange“ im Vietnamkrieg.

Auch während des Verlaufs eines Krieges findet Manipulation über Bilder und Sprache statt. Es ist auffällig, in welcher Häufigkeit und Intensität hierzulande der Begriff „Angriffskrieg“ auf die Ukraine genannt wird, während die russische Seite meist von „gezielten Luftschlägen“ im Rahmen ihrer „Spezialoperation“ spricht. Solche Euphemismen haben das Ziel, von der tatsächlichen Brutalität und Grausamkeit eines Krieges abzulenken. „Chirurgischer Luftschlag mit Hochpräzisionswaffen“ klingt eben viel netter als „Bomben- und Raketenangriff mit höchster Sprengkraft“. Auch für unsere deutschen Medien ist es – selbst bei besten Absichten der Redaktionen – nicht einfach, und es gelingt auch oft nicht, bei ihrer Auswahl der Themen, Bilder und Worte Manipulationen und emotional einseitige Beeinflussungen zu vermeiden.

## **Willkommenskultur 2.0**

Es ist schrecklich, wenn durch den Krieg so viele Menschen in die Flucht geschlagen werden. Zugleich ist es Herz erwärmend zu sehen, mit wie viel Anteilnahme in der Bevölkerung Geflüchtete aus der Ukraine nun auch von Ländern aufgenommen werden, die sich nach 2015 eher restriktiv verhalten haben, z.B. Polen oder Ungarn. Auch in Deutschland ist die Hilfsbereitschaft bei den Menschen, Vereinen, Organisationen oder in den Kommunen extrem hoch und der Staat macht vieles möglich, was bei früheren Flüchtlingswellen undenkbar schien. So werden Geflüchtete aus der Ukraine anerkannten Asylbewerbern gleichgestellt, eine Prüfung entfällt also, und sie erhalten eine staatliche Grundsicherung.

Diese humanitären Maßnahmen zeigen die menschliche Anteilnahme am Schicksal der Geflüchteten aus diesem Kriegsland. Daran gibt es nichts zu kritisieren. Allerdings dürfte es gegenüber Kriegsflüchtlings aus anderen Ländern, z.B. Syrien oder Afghanistan nicht ganz einfach sein, diese de-facto Zwei-Klassen-Gesellschaft für Geflüchtete plausibel und als gerecht zu vermitteln.

## **Gefangen im Empörungsmodus?**

Die Erschütterung über den Krieg in der Ukraine hat das Verhältnis des Westens zu Russland massiv belastet. Die Empörung über den Angriffskrieg ist verständlich, die scharfen Sanktionen und der weitgehende Beziehungsabbruch nachvollziehbar. Aber das Leben wird weiter gehen. Es wird ein Zeitpunkt kommen, wenn die Waffen schweigen. Es wird den Moment geben, wenn Putin Geschichte ist. Wir können Russland nicht von der Landkarte ausradieren. Es mag emotional schwierig sein, aus der Betroffenheit des Jetzt an das Morgen zu denken. Kluge Politik wird aber nicht umhin kommen, über Perspektiven für eine stabilere europäische Friedens- und Sicherheitsarchitektur nachzudenken und mittel- bis langfristige Strategien dafür zu entwickeln.

Wir sollten es nicht zulassen, dass unser augenblickliches Gefangensein im Empörungsmodus eine friedliche Zukunft in Europa blockiert. Wir dürfen uns von den Kriegsbildern und von der allgemein herrschenden Stimmung nicht blind machen lassen. Wir brauchen eine Vision für das „Danach“. Wenn wir jetzt alle politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen für eine später vielleicht wieder mögliche Zusammenarbeit zerstören, verbauen, zumindest erschweren wir uns wichtige Optionen. Natürlich muss Politik jetzt konkret handeln und auf den Krieg reagieren. Zugleich braucht es einen „Plan B“ für mittelfristige Perspektiven. Emotionalität darf den Verstand nicht komplett ausschalten – sonst wird Politik ihrer Verantwortung nicht gerecht.

Albert Herresthal am 28.4.2022